

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Angabe

Wird die ...

Erhalten täglich ...

Veränderung ...

Bezugspreis ...

Nr. 22.

Halle, Freitag, den 14. Januar

1916.

Cetinje genommen.

Niederlage der Russen im Kaukasus. — Die Beute von Ari Burn.

Die Ankündigung der preussischen Thronrede.

Man schreibt uns: Zu der Bogia Zeiten herrschte die Furcht, daß, wer vom Tisch des Papstes esse, daran zugrunde gehen müsse. In Preußen ist für einen leitenden Staatsmann fast ebenso gefährlich, vom Wächter zu sprechen, und Fürst Bismarck ist immerhin zum mindesten ebenso über den doch wahrlich recht schärfsten Wächterberichterstattung zu Fall gekommen, wie über die leidige Kronoberberichterstattung. Er verdient kein Nachsehen ein freundschaftliches Wort über allem für seinen — Mut!

WTB. Wien, 14. Januar. Amtlich wird verkündet: Die Hauptstadt Montenegro ist in unserer Hand. Den geschlagenen Feind verfolgend, sind unsere Truppen gestern nachmittag in Cetinje, der Residenz des montenegrinischen Königs, eingerückt. Die Stadt ist unversehrt, die Bevölkerung ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der amtliche türkische Bericht

WTB. Konstantinopel, 13. Januar. Das Hauptquartier teilt mit: An der R a t a j u s f r o n t griff der Feind südlich des Aras-Flusses zwischen Tahir und Wali Baba und nördlich des Aras zwischen Keutah und dem Sarman-Engpaß in der Nacht vom 11. zum 12. Januar mit einer bedeutenden Streitmacht heftig unsere vorgeschobenen Stellungen im Zentrum an, erlitt aber infolge unseres G e g e n a n g r i f f e s einen v o l l s t ä n d i g e n W i d e r s t a n d. Der Feind ließ zahlreiche Tote und Gefangene, eine Menge Waffen und zwei Maschinengewehre zurück und wurde in seine alten Stellungen zurückgedrängt. Westlich von Dity in der Zone A r a s - G i b i n i wurden zwei Angriffe des Feindes in derselben Nacht leicht zurückgewiesen.

Dardanellentrift: Am 12. Januar eröffneten ein Kreuzer, neun Torpedoböte und ein Monitor vor den Meerengen ein zeitweilig aussehendes Feuer gegen Tette Burn und Sedd ul Bahr. Ein Monitor feuerte erfolglos in der Richtung auf Sedd ul Bahr, als einer unserer Flieger Bomben auf ihn warf und ihn nötigte, sich in Flammen zu setzen, zurückzuziehen. Am nachmittage des 12. Januar griff das von Keutah B o d i a e geleitete Flugzeug das feindliche Flugzeug vom Sarman-Typ an und brachte es in der Umgebung von Sedd ul Bahr zum Absturz. Wir fanden den Führer tot, den Beobachter verwundet. Das Flugzeug wird nach kleinen Ausbesserungen von uns benutzt werden können. Ein anderer unserer Flieger griff einen englischen Flieger an, der Caros überflog, verfolgte ihn und nötigte ihn, auf Imbros niederzugehen.

Die Engländer veröffentlichten noch immer amtliche Berichte, in denen sie glauben machen wollen, daß der Rückzug bei Anaforta und Ari Burn freiwillig und in voller Ruhe erfolgte. Unsere bisher festgestellte Beute, die die wirklich vorhandene noch nicht vollständig angibt, beweist klar, daß der Rückzug außerordentlich überrumpelt war. Die bisher festgestellte Beute umfaßt: 10 Kanonen, 2000 Gewehre und Bajonette, 8750 Granaten, 1500 Munitionskisten, 13 Bombenwerfer, 45 000 Bomben, 160 Munitionswagen, 61 leichte Wagen mit Zubehör, 67 Reiter und Pontons, 2850 Zelte, 1550 Tragbahnen, eine Menge Benzin und Petroleum, Betten und Kleiderstücke, 21 000 Konfektionsbüchsen, 5000 Saß Getreide, 12 500 Schuppen und Haken. Unter dieser Last sind Wall- und Schutzhüter und Stiefelwerkstätten nicht enthalten.

Somit ist nichts zu melden.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Sturm und Regen blieb die Geschäftstätigkeit auf vereinzelte Artillerie-, Handgranaten- und Minenkämpfe beschränkt. Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Oberste Heeresleitung.

um dem zu erwartenden Wächterpassus der Thronrede von vornherein alle „Spitzen“ umzubiegen und alle Bedeutung abzupfeifen. Die „Deutsche Tageszeitung“ verteidigt sich sogar vor der Drohung, daß einer Inangriffnahme der preussischen Wächterfrage während des Krieges als einer Verletzung des Burgfriedens widersprochen werden müsse. Am weichen scheint die Anzuehrbarkeit der Konservationen die Tatlosigkeit erregt zu haben, daß der Reichspräsident und Ministerpräsident sich nicht mit einer Ankündigung im Laufe der Staatsbehalte begnügt, sondern wieder die Form der Anzeige durch die Thronrede gewählt und damit zum andernmal das Wort des Königs verpaidet hat. Wir halten im Gegenteil dazu die feierliche Art des Verpachens für überaus glücklich und dem Ernst der Frage ebenso wie dem hohen Schwing dieser Zeiten entsprechenden. Auch auf der Linken wird niemand wünschen, daß jetzt, während die Blüte

unseres Volkes draußen auf den Schlachtfeldern kämpft und blutet, im Innern ein Kampf der Meinungen in Presse und Parlament einleitet. Die Neugestaltung des Wahlrechtes und der Verfassung b r a u c h t erst nach dem Frieden zu kommen. Aber daß sie uns angekündigt, in feierlicher Weise verprochen wird, daß auch dem tapfer mitkämpfenden Volke, der Gesamtheit des Volkes, hier ein lohnendes „Kriegespiel“ gezeigt wird, begrüßen wir, wie gesagt, auf das lebhafteste. Hoffentlich folgt auch in diesem Falle dem Mutigen — das Glück!

Wir haben schon geltend betont, daß wir aus schwerwiegenden Gründen gewünscht hätten, daß noch während des Krieges der Notwendigkeit einer freibleibigen Gestaltung des Wahlrechtes, die ja auch von der Regierung anerkannt wird, Rechnung getragen wäre, daß aber unsere Erwartungen nicht so optimistisch waren, auf die Erfüllung dieses Wunsches zu rechnen, weil wir die Widerstände kennen und einschätzen vermögen. Wir sind allerdings der Ansicht, daß es gerade jetzt leichter gewesen wäre, die Widerstände zu besiegen, und daß eine reale Last oder zum mindesten der Wille zu energischem Vorgehen gegen diese Widerstände den moralischen Eindruck bedeutend verstärkt hätte. Selbsthaten aber müssen wir daran, daß zum mindesten für die Zeit nach dem Kriege das Verprechen der Thronrede nicht verworfen wird, daß die angekündigte Reform vielmehr vom Geiste der Kameradschaftlichkeit, des Vernehmens und des Vertrauens getragen ist.

Auch Kreta wird besetzt?

c. B. Athen, 13. Januar. Die Besetzung Serafios an Kreta durch Engländer und Franzosen gilt als wahrscheinlich. Trotz dieser Zwangsmassnahme hofft die griechische Regierung, daß der Bierzverband die Sache nicht auf die Spitze treiben wird.

Zur Bierzverhandlung auf Korfu.

c. B. Lugano, 14. Jan. Wie der „Corriere della Sera“ meldet, erklärte die griechische Regierung, daß die Truppenlandung auf Korfu ohne ihr Wissen ausgeführt worden sei. Fünf Stunden vorher, nämlich am 10. abends 11 Uhr, erklärten der französische Gesandte bei Athen, um diesem mitzuteilen, daß die Verbündeten beschlossen haben, einen Teil der serbischen Soldaten nach Korfu zu bringen. Die griechische Regierung glaubte, die Verbündeten würden eine Antwort abwarten. Statt dessen schiffen die Franzosen in der gleichen Nacht ihre Truppen aus, nachdem sie eine Stunde vorher den griechischen Präfekten der Insel durch den französischen Konsul verständigt hatten, daß die Besetzung nur zeitweilig sein werde, um den serbischen Truppen eine Basis zu schaffen. Die griechische Regierung hat protestiert auf Grund des Vertrages von 1853, der die Abtretung der ionischen Inseln an Griechenland und die Neutralität von Korfu festsetzt. In ministeriellen Kreisen glaubt man, daß die Regierung unter Protest der Gewalt nachgeben werde, ohne deswegen ihre Politik zu ändern und die Neutralität aufzugeben.

Alle Untertanen der Zentralmächte in Saloniki verhaftet.

Aus Saloniki wird gemeldet, daß nacheinander auch die letzten noch aus freiem Willen befindlichen Untertanen der Mittelmächte und ihrer Verbündeten von serbischen Spionen als verdächtig zur Anzeige gebracht und verhaftet wurden. Anfanglich arbeitete die griechische Polizei mit der serbischen Geheimpolizei gemeinschaftlich. Die Engländer und Franzosen isolierten aber die griechischen Polizei kein Vertrauen und organisierten infolgedessen eine eigene Polizei, der die serbischen Geheimagenten unterstellt wurden. Alle wirkliche Macht über die von den Engländern und Franzosen eingeleiteten Behörden aus. Auf die amtlichen Gebäude wehen englische und französische Fahnen. (c. M.)

Neue Drangsalierung Griechenlands.

c. B. Lugano, 14. Januar. Der englische Gesandte in Athen hat im Namen seiner Regierung der griechischen Regierung angekündigt, daß die Einlage der notwendigen Lebensmittel zünftig auf das geringste Maß zu beschränken sei, damit die aus griechischen Handelschiffen eingefahrenen Waren, besonders Getreide, nicht etwa weitertransportiert werden und den Mittelmächten zugute kommen.

Verhaftungen von Griechen auf Chios und Mytilene.

c. B. Lugano, 13. Januar. Aus Anatolien wird gemeldet, daß Chios und Mytilene sind durch die Entente viele Griechen verhaftet und auf die Kriegsschiffe der Entente bracht worden.

Die Entente verweigert die Freilassung der verhafteten Konjunkt.

c. B. Genf, 14. Januar. Die Mächte melden aus Paris: Die Entente lehnte die Freilassung der in Mexiko verhafteten Konjunkt ab, trotzdem sie griechische Staatsangehörige sind.

Die Strassenbrücke vom Bierverbande gesprengt.

WTB. Bern, 13. Januar. Die Eisenbahnbrücke über die Struma bei Dimitrija ist nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ von den Russen in die Luft gesprengt worden.

Der Richterfalter des „Corriere della Sera“ drückt aus Soloniki: Die Zerstörung der Eisenbahnbrücke über die Struma schneidet die Eisenbahnverbindungen mit Bulgarien und der Türkei ab. Eine Abtötung von 10 französischen Aeroplanen überflog die Eisenbahnlinie nach Guegheli und warf zahlreiche Bomben ab. Die Flugzeuge, die beschossen wurden, kehrten alle zurück.

Griechisch-bulgarisches Grenzgefecht?

Aus Soloniki wird von der Entente unbeantwortet folgende, möglicherweise erfindene Meldung verbreitet: Zwischen den Soldaten des 27. bulgarischen Infanterieregiments und den griechischen Grenztruppen wurde am 11. Januar bei Gyrina furchtbar gekämpft, wobei beide Teile Artillerie gebrauchten. Die Griechen sollen zwei Tote und mehrere Verwundete gehabt haben. (c. B.)

Sollte diese Nachricht von der Entente nur in die Welt gesetzt sein, um gegen Bulgarien in Griechenland Stimmung zu machen?

Wohltätig für unsere Feinde in Serres.

WTB. Paris, 13. Januar. Der „Temps“ meldet aus Serres: Der hiesige Präfect benachrichtigte den griechischen Minister des Innern, daß ein französischer Offizier um die Erlaubnis nach Serres zu gehen, einen Landungsplatz wählen und die Stadt überfliegen zu dürfen, was der Präfect aus Furcht Serres könne nachher deutschen Fliegern ausgesetzt sein, verweigerte.

Die Kriegslage.

Bb. Mit großer Energie legen die österreichisch-ungarischen Truppen die Eroberung Montenegro fort und dringen auf den verschiedenen Fronten konzentrisch weiter gegen die im Innern des Landes auf engen Raum zusammengedrängten montenegrinischen Heerstruppen vor. Den Weichen her sind die Oesterreicher nach Eroberung des Losenberges im Vornmarsch auf Cetinje und gegen den Suturi-See. Es stellt sich nach den bisherigen Nachrichten über die Eroberung des beherrschenden Losenberges heraus, daß der Angriff dagegen in breiter Front erfolgt war und sich auf den Südfügel bis in die Gegend von Budua an der adriatischen Küste erstreckte, während im Norden der linke Flügel über die Gegend von Gradowo vorging. Durch die umfangreichen Bewegungen der beiden Flügel, die in verhältnismäßig günstigerem Gelände vorgingen, wurde der Schlüsselpunkt der feindlichen Stellung der mehr in der Mitte, an der von Cattaro nach Cetinje führenden Straße lag, erobert. Die Fortsetzung des Vornmarsches über Cetinje hinaus gegen den Suturi-See wird Montenegro von Süden her von allen Seiten Verbindungen nach der Adriaflotte abzuschneiden. Auf der Ostfront setzt die Armee Kowecz ihre erfolgreichen Kämpfe am Lim-Wald mit weiter fort. Erfolge sind am letzten Tage namentlich in der Gegend westlich von Zpet zu verzeichnen gewesen. Auch auf diesen Flügeln bringen die österreichisch-ungarischen Truppen unter strengen Geheiß nach Weiten weiter vor und treiben den von der adriatischen Küste vorgehenden Abteilungen zu. Es wird dadurch die Verbindung Montenegros mit Albanien auch an dieser Stelle immer mehr unterbrochen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz weisen die Oesterreicher in heldenmütigen Kämpfen alle Angriffe der Russen gegen ihre Stellungen an der besarabische und olgatischen Front mehrheitlich ab. Aus der Heftigkeit der Angriffe, ihrer tiefen Wiederholung und der Größe der dabei eingesetzten

Truppen ergibt sich deutlich die hohe Bedeutung und Wichtigkeit, die die Russen auf diese Offensiven legen, die ununterbrochen seit dem ersten Weihnachtstage andauern. Ihre Abweijung muß als ein großer Erfolg der österreichisch-ungarischen Waffen betrachtet werden. Durch die hohen Verluste, die in diesen Kämpfen dem russischen Heere zugefügt werden, muß den inneren Widerstandstakt immer mehr erschwert werden. Es ist unbedeutend, daß in den jetzigen Kämpfen der größte Teil des letzten russischen Ersatzes und alle die Rekonstruktionen, die im Laufe des Herbstes und Winters aufgestellt worden waren, allmählich aufgebraucht werden, ohne daß damit irgend ein militärischer Erfolg erzielt wird. Dies wird immer mehr zu einem Ausgleich des numerischen Kräfteverhältnisses führen, bei dem sich die Magische immer deutlicher auf Seiten der Mittelmächte zeigen wird.

Von den übrigen Fronten und Kriegsschauplatzen liegen keine Nachrichten von Bedeutung vor. In dem Aufstapfe, der sich auf der Westfront abspielt, haben die deutschen Flieger wieder bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die wohlverdiente Auszeichnung der Leutnants Jannemann und Boelcke mit dem höchsten Kriegsorden wird allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Die Überlegenheit in der Luft, die wir durch das tatkraftige und geschickte Vorgehen unserer Fliegeroffiziere allmählich erzielt haben, legt unsere Heeresleitung in die Lage, über die Maßnahmen des Gegners rechtzeitig unterrichtet zu werden, um die entsprechenden Gegenmaßnahmen treffen zu können, während die eigenen Maßnahmen dem Auge des Feindes verborgen bleiben. In der Fliegeraufklärung haben sich ähnliche Grundzüge herausgebildet wie bei der Kanonenverwendung. Erst muß der Gegner aus dem Felde gelassen werden, ehe die eigentliche Aufklärungstätigkeit der einzelnen Organe einsetzen kann. Der taktische Erfolg ist die Veranlassung, und deshalb muß auch jede Vernichtung eines feindlichen Luftfahrzeuges mit Freude begrüßt werden.

Zur Beflegung des Louven.

c. B. Wien, 14. Januar. Der Kriegsberichtsfalter der „Neue Presse“ gibt eine eingehende Schilderung von der Einnahme des Louven. Die erste Truppe, die den Louven eroberte, war eine aus Freiwilligen zusammengesetzte Infanteriekompanie. Neben den in den schwersten Kämpfen bestreuten Oesterreichern waren es namentlich auch mohamedanische Freiwillige, die das große Wagnis unternahmen. Diese Truppen vollzogen den Aufstieg in der Nacht vom Montag auf den Dienstag und gaben von den Höhen des Louven durch optische Signale wichtige Meldungen für die Durchführung des am nächsten Morgen erfolgten Hauptangriffes.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Glückwunschtelegramm des Kaisers an den Sultan

WTB. Konstantinopel, 13. Januar. Kaiser Wilhelm richtete anlässlich des Sieges an den Darbanelen ein Glückwunschtelegramm an den Sultan und kündigte diesem als Zeichen seiner Bewunderung die Ueberreichung eines Säbels an, um die Erinnerung an die großen Siege zu bewahren.

Eine sensationelle Verschwörung in Italien.

T. U. Bukarest, 14. Jan. Eine römische Funtenbeilage meldet: Die Mailänder Polizei entdeckte eine große Verschwörung. Es wurde eine Menge Dynamit gefunden, mit welchem die nach Turin führende Eisenbahn und die Militärgebäude in Memont in die Luft gesprengt werden sollten. Die „Gazette Ticinese“ meldet hierzu: Die Verschwörung ist deshalb von großer Bedeutung, weil zahlreiche zur Diplomatie gehörende Personen darin verwickelt sind. Es erfolgten bereits mehrere Verhaftungen.

Mittelmehr Graf Hald in Gefangenenshaft.

Mittelmehr Graf Hald, der sich als Fliegeroffizier auf dem Balkankriegsschauplatz befindet, ist nebst seinem Beobachter, Oberleutnant Freiherr v. Jöbel, von einem Erkundungsflug nicht wieder zurückgekehrt. Beide Offiziere sind in montenegrinische Gefangenenshaft geraten. Graf Hald gehörte von der Rennbahn her zu den bekanntesten und besten Reiteroffizieren der deutschen Armee, und

auch Freiherr v. Jöbel ritt seit mehreren Jahren mit gutem Erfolge in Rennen. Beide Offiziere gingen im Vorjahre von der Kavallerie zu den Fliegern über. Wohlhabend verlebte Graf Hald noch bei seiner Familie in Berlin.

Gegen die Auswanderung junger Wehrpflichtiger.

c. B. Rotterdam, 13. Januar. Die englischen Schiffahrts-gesellschaften verweigern ab 1. Januar ausnahmslos die Ausgabe von Fahrkarten an alle männlichen englischen Staatsangehörigen von 20-25 Jahren.

Der König der Belgier durch deutsche Fliegerbomben gefährdet.

c. B. Amsterdam, 13. Jan. Der belgische Berichtsfalter der „Trib“ meldet, daß vorigen Sonntag während des Hochamtes in der Pfarrkirche in Canne, wo das belgische Königs-paar dem Gottesdienst beiwohnte, deutsche Flieger Bomben auf Canne warfen. Das geschah nicht von dem Königs-paar, sondern von einem Flieger, der sich in der Nähe befand. Die Fliegerflotte verlor, obwohl zahlreiche Flieger in der Nähe niederschlugen. Es sind 50 Tote zu beklagen. Es entstand großer Schrecken, allein der König verhielt sich ruhig und seine große Ruhe und sein sicheres Auftreten großes Ansehen.

Sozialistischer Friedenskongress.

c. B. Genf, 13. Januar. Ein neuer sozialistischer Friedenskongress aller Länder soll in der ersten Februarwoche in Genf stattfinden.

Türkenersfolg in Persien.

WTB. Konstantinopel, 13. Januar. Wie die Agentur Millä berichtet, sind die türkischen Truppen in Kermanshah (Perzien) eingezogen. Es wurden von der Bevölkerung mit Ausgehungen begrüßt.

c. B. Berlin, 14. Januar. Die Leutnants Bölle und Jannemann, welche gestern wieder je ein englisches Flugzeug heruntergeholt und deshalb mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet wurden, haben heute insgesamt 16 feindliche Flugzeuge zu Falle gebracht; jeder dieser jungen Fliegeroffiziere acht.

Das australische Getreide muß „warten“.

Das „weltmeerberrschende“ England muß immer mehr einsehen, daß alle verfügbaren Vorräte an der Westküste des britischen Reiches dem Mutterlande nichts nützen, wenn die Möglichkeit einer allseitigen und raschen Verfrachtung nicht mehr vorhanden ist. Man kann wohl in irgend einer Kolonie Brotgetreide beschlagnahmen oder in großen Mengen ankaufen, aber um es dem englischen Kontinenten zur Verfügung zu stellen, benötigt man die maritimen Verkehrsmitel, deren Dienste heute angehörs der außerordentlichen Lonnageknappheit nur zu ungeheuren Preisen erhältlich sind. Eine wirksame staatliche Kontrolle aber über den Frachtenmarkt wäre nur durch eine allgemeine Verstaatlichung der englischen Handelsflotte überhaupt denkbar, was wiederum vorläufig im Bereiche des Unmöglichen liegt. So kommt es, daß England schon heute einsehen muß, auf welche schwachen Füßen weltwirtschaftliche Beziehungen aufgebaut sind, die sich nicht auf das Vorhandensein einer allen Eventualitäten des Krieges gewachsenen Handelsflotte stützen.

Wie im vorigen Jahre scheint auch in diesem Jahre, freilich aus anderen Gründen, die Hoffnung Englands, an der Getreidebeente Australiens partizipieren zu dürfen, zu scheitern zu werden. Wie die „Times“ vom 30. Dez. berichten, haben auch die britischen und französischen Regierungen große Anläufe in australischem Weizen gemacht, aber die Schwierigkeit, den notwendigen Frachtraum für diesen Verschiffung nach Europa zu beschaffen, ist bestehen geblieben. Für die zwei Millionen Tonnen, welche Australiens exportieren können, würden, so schreibt die „Times“, hunderte von Schiffen benötigt, von denen bisher nur ein kleiner Prozentsatz tatsächlich geordert worden sei. Die australische Regierung scheint sich, wie schon zu Ende November ein englisches Handelsblatt berichtete, auf dem Standpunkt festgelegt zu

Stadt-Theater.

„Komödie der Worte“.

Drei Einakter von Artur Schnitzer. Spielleitung von Ludwig Maffon.

Artur Schnitzer ist ein geistreicher Plauderer und man hört ihn gern zu, wenn er seine witzigen Boshheiten über Liebes- und Eheprobleme zum besten gibt, trotzdem den in der „Komödie der Worte“ zusammengeschafte Szenen jede Handlung fehlt und sie daher der Darstellung erhebliche Schwierigkeiten bieten. Die lang ausgeprochenen Dialoge, eignen sich daher für ein großes Publikum weniger, als für die Darstellung in intimen Kammerstücken, in denen die minutiöse Darstellung inneren seelischen Vorgängen wirksamem Ausdruck zu verleißen vermag.

Schnitzers Name hat die Hörer der großen Theater aus der „Komödie der Worte“ geöffnet und man hat sich — aus literarischen Rücksichten — mit dem Schwierigkeiten der Bühnenarbeit abgefunden, so gut es ging. Ob im allgemeinen nun Vorteil des Wertes, laut besweifelt werden, die Darstellung hier hat aber Ludwig Maffons Spielleitung ebenfalls herausgeholt, was sich unter diesen Umständen aus den drei Einaktstücken herausheben lieh.

Der innere Zusammenhang dieser drei Szenen ist nur ein sehr loser; er besteht eigentlich nur darin, daß sie alle drei Eheprobleme behandeln, die auf einer gewissen psychologischen Unabhängigkeit der Ehegatten basieren und daß sie in der Technik des Aufbaues gleich sind: Die Handlung liegt zurück, sie bleiben Komödien der Worte.

Doch Achtung! In der technischen Gestaltung und eine innere Verwandtschaft des behandelten Stoffes bedingen noch keine künstlerische Gleichwertigkeit. Von den drei Einaktstücken ist die „Stunde des Erstenens“ psychologisch wohl am schwächsten begründet; darüber vermag auch Schnitzers formvollendete Dialekt nicht hinwegzuhelfen. Psychologisch unwahrscheinlich ist es schon, daß eine Frau gleich-

zeitig ihrem Gatten zugestimmt, einen Freund daneben leidenschaftlich liebt, sich ihm dagegen verweigert, weil sie für ihre Selbstbeherrschung fürchtet, und dennoch sich einem Dritten ergibt. Aus Willeit mit dem Einflamen und aus Sinnlichkeit. Unwahrscheinlicher ist noch, daß eine lo von ihren Lebensnerven und Erleben beherrschte Frau nach diesem Seitenprung wieder an der Seite ihres Mannes völlige Befriedigung findet, trotzdem der heimlich begehagte Freund in ihrem Hause tätiger Gast ist. Geradezu unmöglich aber ist die Darstellung des Mannes, der seit zehn Jahren von der Antreue seiner Frau sichere Kenntnis hat, von Rachegefühlen gegen sie erfüllt ist, so daß er sie verhöhnt, nachdem durch die Verheiratung der Tochter der äußere Grund eines ferneren Zusammenlebens fortfällt, und der doch während der zehn Jahre ihr Liebe gehandelt und das Zusammenleben so intim gestaltet hat, daß die schuldige Gattin nicht die letzte Ahnung von seinem Haß und seiner Enttöbung hat. Wer mag das glauben?

Die Erklärung, was es für normale Empfindungen um so weniger verständlich zu machen, als bei dem Mangel an Handlung das Wort allein die Erklärung geben muß. Adolf R e h b a c h, so wirksam er die Rolle zu gestalten mußte und so überzeugend er mimisch die Masse und das wahre Gefühl Dr. Golds zeigte, konnte diesen inneren Widerspruch nicht lösen, weil er unlosbar ist. Auch Frau Klara, die nach Dr. Golds Anspruch, den sie jedoch nicht wahr haben will, das Zeug zu einer „großen Liebenden“ haben soll, wurde uns auch durch die an sich recht anziehende Darstellung Charlotte v. D u r a n d s nicht näher gebracht. Zur großen Liebenden fehlt Klara die Stärke des impulsiven Empfindens und zur anhänglichen Frau die Selbstlosigkeit. Die Kallidität, die Charlotte v. Durand in die Rolle setzte, war daher wohl beabsichtigt. Der Dritte, Professor Dr. Ermin, der, weil er von Klara so sehr geliebt wird, zu einer passiven Rolle verurteilt wird, ist in seiner etwas farblosen Zeichnung noch lebensnaher Figur und hat Albert K r i w a t Gelegenheit zu guter Charakterisierung.

„Große Szenen“, das zweite Stück in diesem Hofus, ist ungleich heller. Mannes- und Weibesphysis sind hier sehr beobachtet und lebenswahr dargestellt. Konrad Herbot, der große Schauspieler, der seinem Mannesinstinkt mit einer nativen Unbefangenheit die Zügel schlagen läßt und der im

Leben wie auf der Bühne ein so guter Darsteller ist, daß er nicht nur das Publikum mit sich fortzieht, sondern auch den betrogenen Bräutigam von der Unschuld seiner Braut überzeugt und seine Gattin, trotzdem sie ihn innerlich nicht mehr zu achten vermag, immer wieder fesselt, ist mit reuener Lieberzeugenheit gestaltet. Auch die Frauenrolle, die im inneren Widerspruch mit sich selbst, dem Reiz einer solchen sonnigen Siegenatur immer wieder erliegt, ist in Sophie gut gezeichnet. Der Dritte, diesmal der gute Geist des Ehepaars, hat gleichfalls eine fein abgestufte Gestaltung in der Person des Theaterdirektors Falk, des Spotters mit dem selbsthütenden Willen und doch guten Herzes, erhalten.

In den Erfolg der Darstellung teilen sich Adolf R e h b a c h (Konrad Herbot), Trude T a n d a r (Sophie) und Hans F r i e d r i c h (Theaterdirektor Falk). Irma G r a w i als Wilma Klamm war im Ton etwas zu spitz; Kurt W i l d e fand sich mit der unbedenklichen Rolle des betrogenen Bräutigams Gien ab, so gut es ging.

Der letzte der Einakter „Der Barchusfeld“ bringt wieder psychologische Unwahrscheinlichkeiten in Fülle. Der Schriftsteller Felix Stauffer, dessen Frau, weil er sie sechs Wochen — mit einer Arbeit beschäftigt — sich selbst überlassen hat, sofort untreu wird, ist in seiner Tolanz gegenüber dem Barchusfeld seiner Gattin schon nicht recht wahrheitsgemäß; ungläubhafter aber sind der schnelle Gemütswechsel der Gattin und die schuldlose Haltung von deren Verführer Dr. Wernig dem Ehemann gegenüber.

Wach hier wurde durch eine sorgfältig durchgearbeitete Darstellung, der eine größere heisliche Beweglichkeit zu Hilfe kam, der äußere Erfolg erzielt, ohne daß die inneren Widersprüche gelöst werden konnten. Neben Adolf R e h b a c h (Felix Stauffer) waren Johanna W a n d und Max G e j a r d t als Frau Wagn und Dr. Wernig mit gutem Erfolge Träger der Hauptrollen und ihrer Darstellung gelang es, dem Hofus einen guten Abdruck zu liefern. S i e g r i e d D o d.

Hochschulnachrichten.

Der Dozent für Philologie an der Universität Göttingen, Professor Dr. D u j z e l, erhielt einen Ruf an die Universität Freiburg i. Br.

*) Als Buch erschienen bei S. Fischer Verlag, Berlin.

haben, nicht die außerordentlich hohen Frachtraten zu bezahlen, welche jetzt auf dem Groß-Weltmarkt herrschen. Die Regierung erklärte damals, sie wolle lieber den Zerners finanzielle Unterstützung gewähren, damit sie ihren Weg zeigen könnten, bis angemessene Frachtraten wieder angesetzt würden. Inzwischen sind aber die Frachtraten meistens die Verhältnisse von den Märkten des fernsten Ostens vertrieben, woran nicht zuletzt die erfolgreichen Taten der deutschen und österreichisch-ungarischen Unternehmungen im Mittelmeer beteiligt sind, welche die feindliche Handelschiffahrt mehr gefährden, das Risiko derselben erhöhen und damit die Transportkosten jedes einzelnen Schiffes verteuern. Die Frachtrate von Burma, welche vor dem Kriege etwa 21 sh betrug, beträgt heute 120 sh. Die Karachi-Fracht, die vor dem Kriege etwa 15 sh betrug, hat am 30. Dezember mit 105 sh ebenfalls eine Rekordhöhe erreicht. Die argentinischen Frachtraten, welche in einem ähnlichen Verhältnis liegen, sind, betragen ebenfalls ca. 120 sh. Die Frachtraten gegenüber stellt das Angebot der australischen Regierung, 95 sh per Tonne zu bezahlen, ein höchst unattraktives Geschäft für den britischen Reder dar, wobei noch zu bedenken ist, daß die Entfernung von Australien bis nach Großbritannien etwa doppelt so groß ist wie diejenige von Argentinien dorthin. Man hat schon zu Anfang Dezember in der "Times" berechnet, daß die Reder für die Verfrachtung aus Australien unter Zugrundelegung der argentinischen Frachtraten mindestens 150 sh per Tonne, anstatt 95 sh, erhalten müßten. Demnach ist die "Times", die britischen Reder seien es als eine patriotische Pflicht an, auch zu "unwürdigen" Frachtraten den in britischen Reiche erzeugten Waren zu verfrachten. Dieser Patriotismus der britischen Reder scheint aber entweder ein frommer Wunsch der "Times" gewesen zu sein oder zumindest nicht sehr lange aufrechterhalten zu haben, schreibt doch die "Times" am 30. Debr. sehr sorgenvoll, daß wohl "einige" Firmen an das australische Geschäft aus patriotischen Gründen heranzugehen seien, während andere anscheinend demselben gar keine Hilfe geleistet hätten. Es läge dies eben an den augenblicklichen Verhältnissen des Welt-Frachtmärktes, der enormen Tonnageapphette, bei welcher der einzelne Schiffsmann schon froh sei, wenn er überhaupt einen Teil des Frachtraumes, den er benötige, zu welcher Frachtrate auch immer, erhalte.

So endet der Versuch einer Regierung, für ein bestimmtes Gebiet des Welt-Frachtmärktes einen Höchstpreis festzusetzen, in einem kläglichen Fiasco. Es wird der britischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als die hohen Frachtraten des Welt-Marktes auch für das australische Getreide zu bezahlen, damit freilich den jetzigen Höchstpreisen noch härter in die Höhe zu treiben, oder an der Höchstfrachtrate selbst unter der Bedingung festzuhalten, daß das australische Getreide überhaupt nur in ganz spärlichen Mengen in das Mutterland gelangt. Damit wird die monopolistische Stellung, welche schon so wie vor Amerika heute in der Getreideverfrachtung England einnimmt, noch verstärkt werden. Es wurden doch von den 8,5 Mill. cwt. Weizen, welche im November 1915 von den Vereinigten Königreichen eingeführt wurden, 8,4 Mill. aus den Vereinigten Staaten und Kanada, während im November 1914 die Einfuhr aus Ostindien, Australien und Rußland mit im ganzen ca. 1,4 Mill. cwt. immerhin noch eine gewisse Rolle gespielt hatte. Es ist angedeutet dieser Monopolstellung Amerikas durchaus nicht verwunderlich, daß Ende Dezember in London für amerikanische Weizen über 310 Mark die Tonne bezahlt wurde, während in Berlin der Weizen-Höchstpreis Mk. 200 per Tonne, der Roggen-Höchstpreis Mk. 220 per Tonne betrug. In dem Maße, wie Großbritannien seit Jahrzehnten zum Zentrum der Weltwirtschaft geworden ist, wird es den Stolz, den alle wirtschaftlichen Beziehungen im Kriege durch die Tonnageapphette erfahren, mit der Zeit als den entscheidenden Schlag gegen seine weltwirtschaftliche Erstlings kennen lernen.

Die große Umwälzung in China.

Während der große Krieg die Kräfte aller europäischen Großmächte auf das äußerste anspannt, während auch Amerika, verführt durch die reichen Gewinne an Kriegszulieferungen für kaum etwas anderes Sinn und Zeit hat, als für die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen, scheinen sich in Asien die Umwälzungen von der größten politischen Tragweite zu vollziehen, durch die sich die europäisch-amerikanische Kulturwelt nach dem Kriege leicht vorstellende Tatsachen gestellt sehen könnte, die ihre Interessen im fernsten Osten in größtem Umfange beeinträchtigen würden. Die Ermordung des Generals Itho-Hsien, dessen Haltung gegenüber der Monarchie festerhaltend war, läßt erkennen, daß Yuan-shikai und seine Anhänger, wie übrigens von jeder Seite nicht fehlen, um sich ihrer offenen oder heimlichen Widersacher zu entledigen. In Wirklichkeit läßt sich natürlich auf solche Weise wenig oder nichts gegen eine revolutionäre Bewegung ausrichten, die bereits einen so großen Umfang angenommen hat, wie die, die jetzt in den Südprowinzen Chinas am sich greift und bereits zwei Provinzen, Yunnan und Kiangtung, dazu gebracht hat, sich offen von der Peking Regierung und Yuan-shikai loszusagen. Daß man in Ostasien selbst die sich vorbereitenden chinesischen Wirren keineswegs leicht nimmt, beweisen die aus den internationalen Verbindungen in China kommenden Nachrichten über die dort herrschende gedrückte Stimmung. Das beweist auch die Haltung Japans, das, unbekümmert um die Meinungen seiner europäischen Freunde, Vorbereitungen trifft, im geeigneten Augenblick seine Interessen in Südchina mit bewaffneter Hand zu wahren. Auch die Bemühungen der diplomatischen Vertreter der vierzehn Großmächte in Peking und Tokio, auf Yuan-shikai in dem Sinne einzuwirken, daß er auf den ihm angetragenen Kaiserthron verzichte, sprechen dafür, daß es sich bei dem Aufstande in Südchina um mehr als ein Strohfeuer handelt.

Es mag demnach nicht schwer sein voranzuberechnen, daß sich Yuan-shikai auch als Kaiser durchsetzen und sich den Konstitutionalismus der Südprowinzen durch Blut und Eisen festsetzen machen wird. Das ist aber nur dann zu erwarten, wenn er sich mit Japan über die künftige Politik Chinas verständigt, und diese Verständigung kann nur auf Kosten der Interessen Europas und Amerikas erfolgen. Das neue Reich Chinas wird sich auf die Dauer zu behaupten, zu einer Prestigepolitik verurteilt sein, die den Militarismus in China zu entfalten und, auf ihn gestützt, China als modernes hartes Staatswesen gegenüber

dem Auslande geltend zu machen sucht. Japan hat sich schon durch seinen engeren Anschluß an England gegen die Gefahr, daß sich die kommende chinesische Kaiserkrone gegen seine feindlichen Nachbarn stellen werden, gefichert. Es hat in letzter Zeit milde Seiten gegenüber der Peking Regierung aufgewiesen, wodurch sich z. B. die wachsende Stellung des Kabinetts Duma erklärt, und gibt dadurch zu verstehen, daß es, nachdem es auf dem Gelände genügend Stützpunkte für die Behauptung seiner politischen Vorherrschaft erlangt hat, gegenüber den Peking Machthabern fernerhin gern dem Grundsatze von „Leben und lassen“ huldigen will. Es kann sich dies um so eher geltend machen, als während des Krieges kein Frachtmopol im Stillen Ozean in einer Weise entwickelt hat, daß es künftig jeden wirtschaftlichen Verkehr zwischen China und Europa wie Amerika zu kontrollieren vermag.

Unter diesen Umständen wird das künftige chinesische Kaiserreich voraussichtlich dahin trachten, im Einverständnis mit Japan einer allseitigen Politik zu huldigen und in erster Linie die alten politischen und wirtschaftlichen Vorrechte der Europäer und Amerikaner im Reiche der Mitte zu beseitigen. Die Hauptbedenken würden dabei natürlich die Amerikaner sein, die gleichwohl jetzt zur Freude Japans ihre ökonomischen Interessen nötig vernachlässigen.

Deutsches Reich.

Das Gesetz über die Erhöhung der Steuerzuschläge.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Grunderwerbsteuer, der den beiden Häusern des Reichstages jedoch ausgegangen ist, enthält folgende Bestimmungen:

§ 1.
Für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum Beginn des nächsten Etatsjahres, für das ein nach Absatz 2 des Frieheins mit den europäischen Großmächten abgeschlossener Staatsausnahmestritt tritt, werden für die Einkommensteuerpflichtigen mit Einkommen mehr als 2400 Mark und für die Grunderwerbsteuerpflichtigen die nach § 8 des Gesetzes, betreffend die Vereinfachung von Mitteln zu Dienstleistungsübernehmungen, vom 26. Mai 1908 (Ges. Samml. S. 63) zu erhebenden Steuerzuschläge wie folgt festgesetzt:

bei der Einkommensteuer:	in den Einkommensteuerebenen von mehr als	für die Einkommensteuerebenen	für die Einkommensteuerebenen
2 400 bis 3 000 M.	3 000	15	8
3 000 „ 3 900 „	3 900	20	12
3 900 „ 5 000 „	5 000	25	16
5 000 „ 6 000 „	6 000	30	20
6 000 „ 8 000 „	8 000	40	25
8 000 „ 10 000 „	10 000	50	30
10 000 „ 12 500 „	12 500	60	35
12 500 „ 15 000 „	15 000	70	40
15 000 „ 18 500 „	18 500	80	45
18 500 „ 21 500 „	21 500	90	50
21 500 „ 24 500 „	24 500	100	55
24 500 „ 27 500 „	27 500	110	60
27 500 „ 30 500 „	30 500	120	65
30 500 „ 45 000 „	45 000	130	70
45 000 „ 60 000 „	60 000	140	75
60 000 „ 70 000 „	70 000	140	80
70 000 „ 80 000 „	80 000	140	85
80 000 „ 90 000 „	90 000	140	90
90 000 „ 100 000 „	100 000	140	95
100 000 M.		160	100

bei der Grunderwerbsteuer: auf 50 Prozent der zu entrichtenden Steuer.

§ 2.
Während der Dauer der Erhebung der Zuschläge nach § 1 ist am Schlusse jedes Etatsjahres aus dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Grunderwerbsteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark zu entnehmen und zur Deckung der Zahlbeträge des Etatsjahres 1914 und der nächstfolgenden Etatsjahre zu verwenden.

Dem Gesamtauftrag ist eine Bestimmung beizufügen, die sich mit der Darlegung des Finanzministeriums Dr. Entke in der gestrigen Abgeordnetenhausung deckt. Die letzte der vier Anlagen enthält eine Berechnung des zu ermittelnden, auf rund 100 Millionen Mark sich stellenden Steuerertrahes. Danach werden bei der Einkommensteuer aufzubringen haben:

A. Abhängige Personen	54 950 000 M.
B. Emigranten-Gesellschaften	200 000 „
C. Gesellschaften mit beschränkter Haftung	5 024 600 „
D. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggesellschaften	26 488 400 „
H. von der Grunderwerbsteuer	13 000 000 „
Rund 100 Millionen Mark.	98 608 000 M.

Der Arbeitsstoff des preussischen Landtages

Dem preussischen Landtage werden außer dem Etat nur wenige Vorlagen zugehen, und ihre Erledigung wird voraussichtlich auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen. Abgesehen von den seit der letzten Tagung von der Regierung erlassenen Notstandsverordnungen, die nach Artikel 63 der Verfassung dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen sind, beschäftigt die Regierung nur noch, den Fiskalgesetzentwurf wieder einzubringen und eine weitere Summe von 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegswirtschaftspflege anzufordern. Der Fiskalgesetzentwurf war bereits im vorigen Frühjahr vom Abgeordnetenhaus durchberaten und dem Herrenhaus überwiesen worden; da sich aber die Verhandlungen hier in die Länge zu ziehen drohten, hat das Staatsministerium, dem an einem baldigen Schluß der Session gelegen war, auf die Weiterberatung verzichtet, der Entwurf soll nun in der Hoffnung, die er durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses erlangt hat, zuerst dem Herrenhaus unterbreitet werden, er dürfte dort schnell erledigt sein. Die Vorlage betreffend die Bewilligung von 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegswirtschaftspflege hält sich in demselben Rahmen wie die ähnliche Vorlage, die im vorigen Jahre verabschiedet ist. Die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten seit dem 1. Januar 1915 zu der Summe, die ihnen aus dem 200 Millionen-Fonds des Reiches für Zwecke der Kriegswirtschaftspflege zur Verfügung gestellt ist, die gleiche Summe vom Staat; die Bei-

halten werden unter der Bedingung gegeben, daß die Gemeinden der Kriegswirtschaftspflege nicht den Charakter der Armenpflege verlieren. Dagegen ist die Bewilligung nicht auf bestimmte Arten der Kriegswirtschaftspflege beschränkt; es können ebensowohl Zuschüsse zu den geschäftlich vom Reiche zu erhaltenden Familienunterstützungen wie auch Mietbeihilfen, Erwerbslosenunterstützungen und sonstige Einrichtungen der Kriegswirtschaftspflege in Betracht kommen. Aus dem 200 Millionen-Fonds des Reiches hatte Preußen nach der Denkschrift des Bundesrats über wirtschaftliche Kriegsmassnahmen bis zum September 1913 und 56,8 Millionen erhalten, es ist anzunehmen, daß die Summe bis zum Schluß des Etatsjahres auf 110 Millionen steigt. Da Preußen den gleichen Zuschuß bezieht, dürfte bis dahin also der im vorigen Jahre bewilligte Betrag aufgebraucht sein. Man kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß diese Vorlage ohne wesentliche Erörterung Geheh wird.

Der „Vorwärts“ gegen den Fraktionsbeschluss der Reichstagsfraktion.

T. U. Berlin, 14. Januar. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Beschluss der sozialistischen Reichstagsfraktion in Sachen Liebknecht: Die Maulkorbberührung der Fraktion nimmt sich, wenn die „Schwäbische Tagwacht“ ihn richtig interpretiert, heraus, die einen sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Gesamtpartei übertragenen Rechte ihm abzuschneiden, sie für „verwirrt“ zu erklären. Das ist eine Auflehnung von „Führern“ gegen den Gesamtwillen der Partei, der nur die eine Wirkung haben kann, daß er die Einheit der Partei untergründet und an Stelle des Gesamtwillens der Partei und der „Führer“ „Erklärungen“ der „Führer“ zu setzen vermag. Ist der Fraktionsbeschluss in dem Sinne auszulagen, den ihm die „Schwäbische Tagwacht“ gibt, aus welchen Sinn soll er haben?

Soll der gestrigen Rede des Finanzministers

laut der „R.-M.“: Das Wichtigste und Entscheidende ist, daß im Gegensatz zu allen im Rampe mit uns liegenden Staaten die Kriegswirtschaftspolitik der preussischen Staatsregierung die weniger leistungsfähigen Volkswirtschaften nicht. — Das R. T. Es ist zu billigen, daß Dr. Entke sich für eine solche Ansicht ausspricht. Der fernere Verlauf der Dinge, das man die steigenden Ausgaben nicht unbeschränkt der Zukunft aufbürden, sondern einen Zuschuß von 100 Millionen durch Kriegsteuern aufbringen will. — In der „Germania“ heißt es: Das Bild vom Stande der preussischen Staatsfinanzen, das Exzellenz Entke zeichnet, kann als durchaus beruhigend bezeichnet werden. Die „R.-M.“ sagt, der Finanzminister habe in diesem Jahre Preußen getreten, das normale Schicksal der Deutschen anzuwenden, das vermutlich auch nach dem Kriege an Überlebensjahre nicht zu denken ließe. Es behalte nur das Bedenken, daß hier etwas überlebe — wenn auch in nichtschmerzlicher Fülle — Deduktion geschaffen werden soll für Beiträge, über deren Deckungsmöglichkeit man sich erst nach Beendigung des Krieges ein Urteil bilden könne.

Eine Anfrage Bassefmanns.

WTB. Berlin, 12. Januar. Im Reichstage hat der Abgeordnete Bassefmann eine Anfrage eingebracht, in der es heißt: Ist der Herr Reichsfinanzminister in der Lage und bereit, die widerrechtlich, außerordentlichwärtige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberbefehlshaber näher Mitteilungen zu machen?

Der Handels- und Gewerbe-Ausschuss des Reichstages

beriet am Mittwoch Beschlüssen betreffend die Grundlage für die Entschädigung der für Waren deutscher und ausländischer Herkunft in besetzten Gebieten beschlagnahmten Waren. Die Regierung erkannte die Entschädigungspflicht an, indem das Reichsangehörige hierbei nicht schlechter daran sein dürften als Bürger neutraler Staaten. Ein Sozialdemokrat will eine Entschädigung nur für nachgewiesenen wirtschaftlichen Schaden begehrt, aber Kriegsfolgenverluste ausgeschlossen sehen. Der Präsident der Reichsentwädigungs-Kommission führte aus, daß diese Behörde wie ein unabhängiger Gerichtshof verfare und in jedem Einzelfall den Antragsteller schadlos stellen wolle. Esplananten werden nicht enttäuscht; der reelle Kaufmann, der im guten Glauben gehandelt habe und für erlittenen Schaden die Unterlagen habe, dürfe auf Entschädigung rechnen. Diese Gründe sind den Zustimmung, worauf der Präsident noch mitteilte, daß der Kommission etwa 6000 Anträge vorliegen, in denen 800 Millionen Schadenhaft beantragt ist. Hieron sind bisher etwa 70 Millionen anerkannt worden, von 40 Millionen auf Belgien entfallen. In der Besprechung wurde noch gewünscht, daß nicht etwa beschlagnahmte Ware, statt ganz für das Heer verwendet zu werden, auf den Markt gebracht und dadurch der Konkurrenz der Eigentümer Gelegenheit zu Kriegsgewinnen gegeben werde. Schließlich nahmen der Ausschuss gegen zwei Stimmen den Antrag des Berichterstatters an, die Petitionen als ungenehmigt zur Erörterung im Plenum zu erklären und auszusprechen, daß zu einer Organisationsänderung der Reichsentwädigungs-Kommission kein Anlaß vorliege.

Letzte Depeschen.

Opposition des Bergarbeiterverbandes gegen die Dienstpflicht-Zoll.

WTB. London, 14. Januar. Eine Versammlung des Bergarbeiterverbandes in London hat einstimmig beschlossen, gegen das Militärdienstpflichtige Opposition zu machen, aber nichts zu unternehmen, ehe die Bill Gesetz geworden ist.

Die Bundesstadt Anagn.

Wie dem „Empire Standard“ gemeldet wird, haben sich Südwales, Queensland und Victoria dafür ausgesprochen, daß die neue Bundesstadt des Commonwealth nach den Klängen auf Gallipoli „Anagn“ genannt werde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Döb; für den britischen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; Heilwesen, Vermischtes usw.: F. S.; Siegfried Döb; für Unterhaltungsblätter und Kunstnachrichten: Hans Tancet; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. sämtlich in Berlin a. S.

Wer sparen will! (Lesen Sie die andere Seite) Sars Simon-Dauerhafte Marke „Z.“ Verkaufsstelle: C. Klappenbach, Gr. Ulrichstraße 41.

